

Land sucht soziale Linie bei Kürzungen

Steinbrück: Vielleicht Ausnahmen im mittleren Dienst

Von Wilfried Goebels

HAGEN.

Trotz massiver Proteste der 260 000 Landesbeamten in NRW hält Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) an den angekündigten Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie an der Einführung der 41-Stunden-Woche fest.

Die Landesregierung suche aber nach „einer sozialen Komponente für den mittleren Dienst“ sagte Steinbrück

beim Besuch der Westfalenpost. Für den höheren und gehobenen Dienst seien die für 2004 geplante Streichung des Urlaubsgeldes sowie die 2003 greifende Kürzung des Weihnachtsgeldes von 86 auf 50 Prozent aber zumutbar.

Nach den bisherigen Plänen soll das Weihnachtsgeld für den mittleren Dienst noch 2003 auf 60 Prozent gesenkt werden. Das Urlaubsgeld der Beamten beträgt derzeit zwischen 255 und 332 Euro und soll 2004 ganz gestrichen werden. Gegen diese Pläne drohen die Beamten-Gewerkschaften mit einem „heißen

Herbst“. Bei einer Demonstration der Deutschen Steuergewerkschaft kritisierte deren Hagerer Vorsitzender Bernd Ritter, dass Finanzbeamte im mittleren Dienst nur noch knapp über dem Sozialhilfesatz lägen.

Steinbrück äußerte Verständnis für die Proteste, sah aber keine Alternative zu Kürzungen. NRW müsse die hohen Personalkosten, die bereits 42 Prozent des Landesetats ausmachten, verringern. Deshalb könne er keine Versprechungen machen. Ausführliches Interview in der morgigen Ausgabe.



Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) stellte sich gestern in Hagen aufgebracht Mitgliedern der Deutschen Steuergewerkschaft, die gegen die geplanten Besoldungskürzungen und geplanten Arbeitszeitverlängerungen protestierten.

Foto: Michael Kleinrensing